



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Reichsspiegel : (Vom 30. Januar bis 5. Februar 1911.)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Reichs Spiegel

(Vom 30. Januar bis 5. Februar 1911.)

Politik

Kulturkampfstimmung — Wachsende Rechtsunsicherheit — Das Mißtrauen als Regierungsmaxime — Wertzuwachssteuer.

Kulturkampfstimmung, das Wort bezeichnet am besten die Mischung von Empörung, Mißmut, verletztem Stolz und — Resignation, die sich des deutschen Volks bemächtigt hat. Ich weiß nicht, ob der deutschen Nation seit dem Tage von Oms, wo König Wilhelm dem Franzosen den Rücken kehrte, eine schwerere Beleidigung zugefügt wurde, als durch die Veröffentlichung des päpstlichen Briefes an den Kölner Kardinal. Aber welcher Unterschied! Damals konnte die dem Staatsoberhaupt zugefügte Beleidigung auf der Stelle gesühnt werden. Die Wut, die alle Volkskreise erfaßte, fand einen Ausweg durch den Krieg. Heute? Wie ein böser Spuk zerrinnt die Gestalt des Beleidigers, wenn die Faust sich hebt, sie zu zerschmettern. Dem Aufbegehrenden fallen die eigenen Volksgenossen in den Arm; tatenlos müssen wir der Verhöhnung des Monarchen und der Regierung zusehen. Die Nation ist in drei Lager gespalten: in die strenggläubigen Katholiken, die sich den Deutschen Kaiser lediglich als einen Diener der Kirche Petri vorstellen können, in die empörten Lutheraner, die mit Recht die Wurzeln der deutschen Kaisermacht in der Reformation erkennen, und in die unverbesserlichen Schwärmer, die an die Möglichkeit der Aussöhnung zwischen Römlingen und Lutheranern auf dem Boden deutsch-monarchischer Staatsgesinnung glauben. In dieser Dreiteilung der Nation liegt die Schwäche der Regierung, wenn wir die durch die Person des Kaisers geschaffenen Hemmnisse außer Betracht lassen. Die Regierung weiß nach den Erfahrungen Bismarcks, daß jeder Kampf gegen den Papst entweder zur Niederlage oder zur Trennung von Kirche und Staat führen muß. Sie fürchtet, daß die Trennung zwischen Kirche und Staat eine Anzahl von Autoritätsmomenten zerstören könnte, auf denen nach altpreukischer, auch von zahlreichen Liberalen getragener Auffassung die Monarchie beruht. Ohne uns an dieser Stelle an die Lösung des Problems wagen zu wollen, scheint uns unter den einmal vorhandenen Verhältnissen die vorsichtig abwartende Haltung die einzig mögliche, so sehr uns die Empörung zum Dreinschlagen treibt. Es ist an der Nation, die Meinung zu fagen, und zwar an deren katholischem Teil. Wir anderen, die Lutheraner, können einstweilen nur beiseite stehen und abwarten, wie weit unsere katholischen Volksgenossen geneigt sind, ihren Pflichten als deutsche Staatsbürger nachzukommen. Allein bei ihnen liegt die Entscheidung, ob die deutsche Monarchie aus dem ihr aufgenötigten Zwist unbeschadet hervorgehen soll oder nicht. Bisher sehen wir freilich noch nirgend in der Zentrumspreffe eine Andeutung in der geeigneten Richtung; auch die deutsche Vereinigung, deren Hauptzweck es doch ist, den Ultramontanismus zu bekämpfen, hat sich noch zu keiner Maßnahme veranlaßt gesehen. Nur die Mitglieder der katholischen Fakultät der Universität zu Münster haben den Mut gehabt, sich offen auf den deutschen Standpunkt zu stellen. Für heute sei das unheilvolle Thema verlassen. Es wird bei der zweiten Lesung des Etats im preukischen Landtage zweifellos erörtert werden und bis dahin werden sich auch die Meinungen darüber geklärt haben, welche Schritte zu tun sind, um eine

Wiederholung von Beleidigungen, wie sie uns zugefügt worden sind, unmöglich zu machen. Vielleicht kann alsdann auch die Regierung Mitteilungen darüber machen, welche Schritte von ihr unternommen wurden, um den nationalen Katholiken die Stellungnahme im Sinne der Münsterer Gelehrten zu erleichtern.

Neben den kirchlichen und religiösen Fragen beschäftigen die Rechtszustände im Reich die öffentliche Meinung. Es läßt sich nicht leugnen, daß verschiedene Prozesse und sonstige Vorkommnisse den Eindruck wachsender Rechtsunsicherheit erwecken. Daß der Gutsbesitzer Becker, mag er persönlich vielleicht noch so unbequem sein, ein Opfer seiner politischen Gesinnung geworden ist, steht im Glauben der öffentlichen Meinung ebenso fest, wie die Unschuld der vor fünfzehn Jahren zu Zuchthaus verurteilten Bergleute Schröder und Genossen, die vor einigen Tagen freigesprochen wurden. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Niemeyer, rief am Donnerstag aus: „Ich danke Gott, daß ich auf die Vernehmung weiterer Entlastungszeugen verzichtet habe, sonst wären auch sie als Meineidige dem Zuchthaus überliefert worden.“ Warum? Weil sie teils Angehörige der sozialdemokratischen Partei waren, teils auch nur als der Zugehörigkeit verdächtig erschienen, und weil ein Gendarm unter seinem Amtseid gegen sie aussagte. Der unbedeutende Sieg, den damals die Staatsautorität errang, war ein Pyrrhussieg. Denn ganz abgesehen davon, daß für den eingekerkerten Agitator, an dessen Schuld niemand in seiner Heimat glaubte, hundert neue einsprangen, hat das freisprechende Urteil vom letzten Donnerstag gerade für die beginnenden Wahlen einen Agitationsstoff gegen die „Massenherrschaft“ geliefert, wie er den Sozialdemokraten kaum besser kommen kann. Denn wenn auch die Freisprechung tatsächlich der beste Beweis gegen das Vorhandensein einer „Massenjustiz“ ist, sind die Wirkungen des ersten Urteils so nachhaltig und sie stehen so deutlich vor der Masse, daß die nun teilweise herbeigeführte Sühne des Justizirrtums der Staatsautorität nicht mehr viel nützen kann. Sie kommt zu spät, und die sozialdemokratischen Agitatoren können mit einem gewissen Schein des Rechts behaupten: Wenn wir nicht gewesen wären, wenn wir nicht ohne Unterlaß für die Wiederaufnahme des Verfahrens in der Öffentlichkeit gewirkt hätten, dann wären Schröder und Genossen zeitlebens mit dem Makel der Meineidigen behaftet geblieben! Das freisprechende Urteil bestätigt den Demokraten gewissermaßen in den Augen der Masse, daß sie ein Recht hatten, Mißtrauen gegen den bestehenden Staat zu predigen, und es wird vieler Anstrengungen, zahlreicher Opfer und unbeugsamer Willensfestigkeit bedürfen, um das verlorene Vertrauen wiederzugewinnen. Wie solches geschehen soll, ist angesichts der zugespitzten Verhältnisse zwischen den bürgerlichen Parteien allerdings schwer zu sagen.

Das beste Mittel, Vertrauen zu gewinnen, war zu allen Zeiten Vertrauen zu geben. Daran aber fehlt es bei uns. Schon seit der Durchführung der Reformen Steins, Hardenbergs und Scharnhorsts bildet das Mißtrauen gegen unsere eigenen Volksgenossen ein wichtiges Motiv der innerdeutschen Politik. Es tritt uns überall entgegen im Privatleben ebenso wie im öffentlichen, in der Handhabung des Vereinswesens wie in der Behandlung der Selbstverwaltungskörper, in der Stellung der Regierung zu den Koalitionsbestrebungen der Beamtenschaft wie zur Gewerkschaftsbewegung. Überall wittert man den Staatsverräter und Revolutionär. Wo es sich nur um Bestrebungen handelt, die das Wohl des einzelnen mit den Veränderungen des Staatslebens in Ein-

flang zu bringen trachten, wittert man die Absicht, den Staat zertrümmern zu wollen. Dies Mißtrauen bedingt es in erster Linie, daß die tiefe Kluft zwischen den Massen der Arbeiter und den gebildeten, bürgerlichen Schichten sich von Jahr zu Jahr erweitert hat und daß nun auch zwischen Bürgertum und Beamtenchaft eine Mauer emporwächst. Solange das Mißtrauen vom Regierungstisch aus gepredigt wird, solange darf sich niemand einen Erfolg von staatsbürgerlicher Erziehung und Bildung versprechen, es sei denn von der im Sinne der Sozialisten verbreiteten. Also man fange nicht mit der Ausgabe von Büchern an, sondern beginne mit gesetzgeberischen Taten, die Vertrauen einflößen. Was die Regierung des Herrn von Bethmann in dieser Beziehung geleistet hat, ist gleich Null. Selbst die Wertzuwachssteuer konnte von den Mehrheitsparteien in einer Weise zugerichtet werden, daß sie weder den Staat noch die Träger der Steuer befriedigen kann. Sie ist in der vorliegenden Gestalt keine soziale Tat. Politisch stellt sie aber geradezu eine Gefahr dar. Denn sie wird den Anlaß zu so vielen Schikanen, zu Mißmut und Prozessen geben, daß sie den bestehenden Haß gegen die jetzigen Staatseinrichtungen nur vertiefen, nicht aber mildern kann. Die Regierung sollte lieber noch in letzter Stunde auf das Gesetz verzichten, anstatt um zehn Millionen, ja wohl, ganze zehn Millionen! den Frieden im Lande noch weiter zu gefährden. Es gibt in Deutschland nur eine Maßregel, um den Finanzen und dem politischen Frieden in gleicher Weise zu dienen, das ist die Erweiterung der Einkommensteuern, sei es direkt oder indirekt als Erbschaftssteuer.

Verantwortlicher Schriftleiter: George C. E. inow in Berlin-Schöneberg. Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW. 11.

Anzeigen-Aannahme für diesen Teil beim Verlag der Grenzboten G. m. b. H.,
Berlin SW. 11, Bernburger Straße 22a/23.

Stellennachweis.

(Aus der Tages- und Fachpresse.)

Anfragen zu richten unter Beifügung von Rückporto an die Geschäftsstelle der „Grenzboten“, Berlin SW. 11.

A. Für Akademiker.

317. Hauslehrer, ev., f. 11 j. Knab., Ostern, Pommern.
318. Hauslehrer, ev., akad. gebild., gesund (hohes Geh.), 1. 4., Mark.
320. Hauslehrer (Philol.), f. 11 jähr. Knab. und 13 jähr. Mädch., Ostern, Medl.
321. Hauslehrer, ev., f. 2 Knaben, 1. 4., Neumark.
329. I. Bürgermeister (8000 M.), bald, Thüringen.
330. II. Bürgermeister (2500 M.), bald, Sach.-Mein.
331. Bürgermeister (2700 M.), August, Pommern.
332. Hauslehrer, f. 2 Knaben, 1. 4., Sachsen.
333. Philol. od. Theol., f. 2 Knaben, Ostern, Mark.
334. Hauslehrer, ev., f. 3 Knaben (vorm. frei), Schlessen.
335. Hauslehrer, ev., f. Knabenpensionat, Ostern, Schles.
336. Theologe, f. 11 jähr. Knaben, Ostern, Sachsen.

B. Für Damen.

322. Erzieherin, ev., gepr., mus., 1. 4., Mark.

323. Erzieherin, gepr., ev., erf., musikalisch, Ostern, Medl.
324. Erzieherin, ev., gepr., f. 3 Kinder, 1. 4., Holstein.
326. Lehrerin, staatl. gepr., f. 3 Mädch. (mus.), Ostern, Ostpr.
328. Lehrerin, gepr., jüng. (Mus., Sprach.), Ostern, Erzgeb.
337. Lehrerin, staatl. gepr., mus., Ostern, Ostpr.
338. Erzieherin, jüng., ev., mus., 2 Kind., Ostern, Ostpr.
339. Erzieherin (Latein), f. 2 Kind., Ostern, Pommern.
340. Erzieherin, ev., gepr., Ostern, Posen.
341. Lehrerin, f. 2 Mädch., ev., gepr., Erzgebirge.
342. Lehrerin, ev., gepr., mus., Ostern, Sachsen.
343. Lehrerin, staatl. gepr., ev., Latein, 1. 4., Schlessen.
344. Lehrerin, staatl. gepr., ev., f. Knab., 15. 4., Altmark.
345. Erzieherin, gepr., ja., 1. 4., Medl.-Schw.
346. Erzieherin, jüng., gepr., ev., mus., Ostern, Pommern.
347. Erzieherin, ev., mus., gepr., Ostern, Mecklenburg.
348. Erzieherin, mus. (Französl.), per sofort, Mark.
349. Erzieherin, f. 3 Knab. (Engl. und Franz. perfekt), 15. 2., Hamburg.
350. Lehrerin, ev., 3 Kind., Ostern, Westfalen.
351. Erzieherin, ev., gepr., mus., f. 2 Mädch., Posen.
352. Erzieherin, jüng., ev., gepr. (Latein), 1. 4., N.-O.
353. Erzieherin, ev., gepr. (Klavierunterricht), 1. 4., Pomm.

Für vorstehende Inserate verantwortlich: Karl Schulze in Berlin-Schmargendorf.
Druck: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW. 11, Dessauer Straße 37.